

Inhaltsverzeichnis

1. Karsten Wildberger
2. Handelsverband Deutschland
3. Wirtschaftsrat der CDU
4. E.ON
5. Friedrich Merz

Karsten Wildberger

Karsten Wildberger (*05.09.1969 in Gießen) ist seit 2025 Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Davor war er Vorsitzender der Geschäftsführung der **Media-Saturn-Gruppe** sowie Vizepräsident des **Handelsverband Deutschland** (HDE) und des **Wirtschaftsrat der CDU**. Anfang Mai 2025 ist Wildberger Mitglied der CDU geworden.^[1]

Nachdem LobbyControl den Rückzug Wildbergers aus dem Wirtschaftsrat und dem HDE gefordert hatte, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden, hat dieser Mitte Mai 2025 seine Positionen in den beiden Lobbyorganisationen aufgegeben.^[2] Beim Wirtschaftsrat blieb er jedoch Mitglied des Präsidiums.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung	2
2 Karriere	3
3 Lobbyrelevante Aktivitäten	3
3.1 Wirtschaftsrat der CDU	3
3.2 Handelsverband Deutschland	4
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5 Einelnachweise	4

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung

Das neu gegründete **Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung** (BMDS) vereint Aufgaben aus mehreren bestehenden Ressorts und ist künftig verantwortlich für:

- Digitalisierung und Modernisierung der Bundesverwaltung, inklusive Einführung einer digitalen Identitäts-Wallet und von Bürgerkonten
- Datenpolitik, Förderung der Datenökonomie und gute Rahmenbedingungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz
- Registermodernisierung, IT-Sicherheit und die Entwicklung interoperabler Plattformen für die Verwaltung
- Bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau der Breitbandnetze, Bürokratierückbau und mehr Wettbewerb
- Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas
- Internationale Digitalpolitik auf EU-, G7- und G20-Ebene im Sinne des Innovationsstandorts Deutschland

Das BMDS erhält ferner die Zuständigkeit für einen Zustimmungsvorbehalt für alle wesentlichen IT-Ausgaben der unmittelbaren Bundesverwaltungen mit Ausnahme des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung und der Sicherheits- und Polizeiaufgaben im Geschäftsbereichs des Bundesministeriums des Innern, des Bundesnachrichtendienstes sowie der Steuerverwaltung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen.

Quelle: ^[4]^[5]

Karriere

- 2021 - 05/2025: Vorstandsvorsitzender der CECONOMY AG und Vorsitzender der Geschäftsführung der Media-Saturn-Holding GmbH
- 2021 - 05/2025 Vizepräsident und Mitglied des Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[6]
- bis 05/2025 Kooptierter Vizepräsident des [Handelsverband Deutschland](#) (HDE)^[7]
- 2016 - 2021: Vorstand [E.ON](#)
- 2012 - 2016: Vorstand bei Telstra Group Ltd. (Telekommunikation) in Melbourne
- 2006 - 2011: Vorstand bei Vodafone, Rumänien und Großbritannien
- 2003 - 2006: diverse Führungsfunktionen bei Deutsche Telekom AG
- 1998 - 2003: Unternehmensberater bei Boston Consulting Group
- 2000: MBA an der INSEAD, Fontainebleau
- 1997: Promotion in Physik
- 1995: Studienabschluss als Diplom-Physiker

Quelle: [\[8\]](#)[\[9\]](#)

Lobbyrelevante Aktivitäten

Wirtschaftsrat der CDU

Wildberger war seit 2017 Mitglied in der Lobbyorganisation [Wirtschaftsrat der CDU](#). Seit 2019 gehörte er dem Präsidium an und seit 2017 hatte er bis zu seinem Wechsel von E.ON zur CECONOMY AG Mitte 2021 den Vorsitz der Bundesfachkommission Energiepolitik inne und prägte die energiepolitischen Positionen des Wirtschaftsrates mit.^[10] 2021 wurde Wildberger als Nachfolger von [Friedrich Merz](#) Vizepräsident. Der Generalsekretär des Wirtschaftsrats kommentierte die Nominierung von Wildberger als Minister wie folgt: „Wir kennen Karsten Wildberger gut, er ist seit 2021 Vizepräsident bei uns, hatte damals die Nachfolge von Friedrich Merz angetreten. Wir sehen ihn persönlich wie fachlich bestens gerüstet, die hohen Erwartungen zu erfüllen, die mit diesem besonderen Amt verbunden sind.“^[11] Einer von fünf Hauptsponsoren des diesjährigen "Wirtschaftstags" des Wirtschaftsrats ist die Gruppe MediaMarkt/Saturn, die Wildberger bis vor kurzem leitete.^[12]

Kurz nach seiner Ernennung zum Bundesminister trat er als Vizepräsident zurück, nachdem LobbyControl auf mögliche Interessenkonflikte hingewiesen hatte.^[13] Er bleibt dem Präsidium des Wirtschaftsrats jedoch künftig als einfaches Mitglied erhalten.^[14] Das Präsidium entscheidet gemeinsam mit dem Bundesvorstand und der Bundesdelegiertenversammlung über die Grundlinien der Arbeit des Wirtschaftsrates.^[15]

LobbyControl fordert: „Es braucht jetzt eine klare Trennung zwischen Funktionen im Lobbyverband Wirtschaftsrat und Ämtern in der Bundesregierung. Das ist nicht vorgeschrieben, da es sich um Ehrenämter handelt. Doch es gebietet sich, um Interessenkonflikte auszuschließen und klar zwischen politischem Amt und Lobbyverband zu trennen.“^[16]

Handelsverband Deutschland

Wildberger war Vizepräsident des [Handelsverband Deutschland](#) (HDE), der die Interessen des Handels gegenüber der Politik, anderen Wirtschaftsbranchen und der Öffentlichkeit vertritt. [\[17\]](#) Der HDE nimmt gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag regelmäßig Stellung zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen auf nationaler oder europäischer Ebene, nimmt an Anhörungen und Expertenbefragungen bei den Bundesministerien oder im Deutschen Bundestag teil und führt Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags sowie des Europäischen Parlaments. [\[18\]](#)

Kurz nach seiner Ernennung zum Bundesminister trat er als Vizepräsident zurück, nachdem LobbyControl auf mögliche Interessenkonflikte hingewiesen hatte. [\[19\]](#)[\[20\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Karsten Wildberger ist jetzt CDU-Mitglied](#), zeit.de vom 09.05.2025
2. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
3. ↑ [Wahlergebnisse vom 12. Mai 2025](#), wirtschaftsrat.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
4. ↑ [Deutschland wird digitaler, schneller und unbürokratischer: Dr. Karsten Wildberger ist erster Digitalminister](#), digitale-verwaltung.de vom 06.05.2025, abgerufen am 25.05.2025
5. ↑ [Organisationserlass des Bundeskanzlers](#), bundesregierung.de vom 06.05.2025, abgerufen am 15.05.2025
6. ↑ [Neuer Vizepräsident: Dr. Karsten Wildberger, CEO der CECONOMY AG](#), wirtschaftsrat.de vom 24.11.2021, abgerufen am 04.05.2025
7. ↑ [Vorstand](#), einzelhandel.de, abgerufen am 04.05.2025
8. ↑ [Unser Team für Deutschland](#), cdu.de, abgerufen am 24.05.2025
9. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
10. ↑ [Neuer Vizepräsident: Dr. Karsten Wildberger, CEO der CECONOMY AG](#), wirtschaftsrat.de vom 24.11.2021, abgerufen am 04.05.2025
11. ↑ [Wirtschaftsrat-Vizepräsident Dr. Karsten Wildberger wird neuer Digitalminister](#), wirtschaftsrat.de vom 29.04.2025, abgerufen am 24.05.2025
12. ↑ [LobbyControl: Wildberger muss sein Lobbyamt bei Wirtschaftsrat aufgeben!](#), lobbycontrol.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
13. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
14. ↑ [Wahlergebnisse vom 12. Mai 2025](#), wirtschaftsrat.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
15. ↑ [Präsidium](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 26.05.2025
16. ↑ [LobbyControl: Wildberger muss sein Lobbyamt bei Wirtschaftsrat aufgeben!](#), lobbycontrol.de vom 12.05.2025, abgerufen am 26.05.2025
17. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de vom 01.04.2025, abgerufen am 26.05.2025
18. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.de vom 01.04.2025, abgerufen am 26.05.2025
19. ↑ [Neuer Digitalminister gibt Lobbyposten ab](#), taz.de vom 13.05.2025, abgerufen am 24.05.2025

20. ↑ [Unions-Regierungspersonal: LobbyControl warnt vor Interessenkonflikten](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2025, abgerufen am 24.05.2025

Handelsverband Deutschland

Der **Handelsverband Deutschland (HDE)** ist der Spitzenverband des deutschen Einzelhandels. Er vertritt vor allem die Interessen der größten Handelsketten wie **Aldi**, **Edeka** und **Lidl**, aber auch Online-Riesen wie **Amazon**, **Ebay**, und **Paypal**.

Als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband vertritt er die Interessen seiner Mitglieder in Deutschland und der Europäischen Union. Der Einzelhandel ist einer der drei größten Wirtschaftszweige in Deutschland.

Mit zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der EU und Bundesrepublik übt der Verband großen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse aus.

[Karsten Wildberger](#), seit dem 6. Mai 2025 Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, war zuvor Vizepräsident des HDE.

Handelsverband Deutschland



HDE
Handelsverband
Deutschland

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereic	Einzelhandel
h	
Gründungsdata	März 1919
m	
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	85 Avenue des Nerviens, B-1040 Brüssel
Webadresse	https://einzelhandel.de/

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	6
1.1 Zahlen und Fakten	6
1.2 Mitgliedschaften	6
2 Fallbeispiele und Kritik	7
2.1 2020-22: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	7
2.2 2014: Bezahlpflicht von Plastiktüten	8
3 Geschichte	9
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	9
5 Weiterführende Informationen	9
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
7 Einelnachweise	9

Lobbystrategien und Einfluss

Der HDE pflegt enge Beziehungen in die deutsche Politik. So saßen während ihrer Amtszeit die beiden Bundestagsabgeordneten [Hans Michelbach](#) und [Marie-Luise Dött](#) im Präsidium des HDE.^[1] Auch der stellvertretende Geschäftsführer [Stephan Tromp](#) saß vor seiner Beschäftigung beim HDE für die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus ([Seitenwechsel](#)).

Regelmäßig veranstaltet der HDE den Branchenkongress in Berlin oder Europa-Dinner in Brüssel. Über solche Formate wird die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern gewährleistet. ^[2]



Zahlen und Fakten

Bundesrepublik Deutschland

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 21 bis 30
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21)
7.230.001 bis 7.240.000 Euro^[3]

Europäische Union

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 3,75 (Vollzeitäquivalente)
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21):
400,000€- 499,999€^[4]

Mitgliedschaften

- [BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#)
- [EuroCommerce](#)
- Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung e.V. (KWB)
- [Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft ZAW e.V.
- Zentralstelle f. Berufsbildung im Einzelhandel e.V.
- EHI Retail Institute
- [ICC Germany e. V. Internationale Handelskammer](#)
- [Europäische Bewegung Deutschland e.V.](#)
- [Initiative D21 e. V.](#)

- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V.
- Wissensnetzwerk Stadt und Handel e.V.
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.](#)
- Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
- Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e.V.
- National Retail Federation USA
- Nürnberger Institut für Marktentscheidungen e.V.
- The Consumer Goods Forum Frankreich
- Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V.
- IFH Köln GmbH
- Bundesvereinigung der Musikveranstalter e.V. (BVMV)
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Das Demographie Netzwerk e.V. (ddn)
- urbanicom Deutscher Verein für Stadtentwicklung und Handel e.V.
- Studienvereinigung Kartellrecht e.V.

Fallbeispiele und Kritik

2020-22: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Der HDE bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards .

• **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten Schäden mitverursachen.^[5] Der HDE versuchte u.a. diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern.^[6] Das kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[7] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“. Das sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten - und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[7]

Die Lobbyarbeit des HDE bestand u.a. in einer konzertierten Briefaktion^[8] des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 28 Wirtschaftsverbänden Ende März 2021, in welcher sie die Bundestagsabgeordneten zu einer Abschwächung des deutschen Gesetzentwurfs aufforderten. Diese politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit sei laut einem Bericht von Misereor^[9] nicht überraschend, wenn man sich die „*personellen Überschneidungen*“ vergegenwärtigte. So seien beispielsweise die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentskreis Mittelstand, **Hans Michelbach** und **Marie-Luise Dött**, beide Mitglieder im Präsidium des Handelsverband Deutschland (HDE) ([Seitenwechsel](#))

Zudem konnte der Verband auch am 12. Februar 2021 in einem persönlichen Gespräch mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Forderungen darlegen.^[10] Laut einem weiteren NGO-Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[11] Die *Initiative Lieferkettengesetz* hatte Altmaier daraufhin eine blockierende Rolle beim deutschen Gesetzgebungsprozess zugesprochen.^[12]

Laut einem Bericht der Tagesschau erzielte das Bemühen der Wirtschaftsverbände Erfolg.^[13] So war der HDE gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden daran beteiligt gewesen das deutsche Lieferkettengesetz von einem ambitionierten Referentenentwurf hin zu einem weniger weitreichenden Kompromiss abzuschwächen. Dieser Kompromiss unterlaufe laut einem Appell von über 100 zivilgesellschaftlichen Organisationen „*geltende Menschenrechtsstandards der UNO und der OECD*“.^[14]

Nichtsdestotrotz forderte der HDE in einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) mit dem **BDA**, **BDI** und dem **DIHK** ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Inkrafttreten des deutschen Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde auch damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[15]

• **Europäisches Lieferkettengesetz**

Der Handelsverband hatte die Forderung an die Bundesregierung gestellt, sich auf EU-Ebene für eine Regulierung einzusetzen, die eine „*Blaupause [des] nationale[n] Gesetz darstellt und keine weitergehenden Anforderungen an die Unternehmen festschreibt*“.^[16] Den Europäischen Entwurf kritisierte der Handelsverband Deutschland (HDE) als für Unternehmen nicht umsetzbar.^[17] Zu selben Zeit forderte **UNICEF** hingegen, dass Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[18] Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen sollen zeigen, dass diese Forderung von der Scholz-Regierung gehört und auf EU Ebene vertreten wurden. So forderte die deutsche Bundesregierung u.a. eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#))^[19]

2014: Bezahlpflicht von Plastiktüten

Der HDE hatte sich 2014 gegen Vorschläge der EU-Kommission gestellt, wonach Mitgliedsstaaten besonders dünne und leichte Tüten mit einer Bezahlpflicht versehen oder gar verbieten könnten.^[20] Auch die deutsche Position Plastiktüten ab Januar 2022 zu verbieten hatte der Verband als „*reine Symbolpolitik*“ kritisiert.^[21]

Geschichte

Seit März 1919 ist der HDE die Interessenvertretung des deutschen Einzelhandels. Er wurde von Einzelhandelsverbänden als Dachorganisation gegründet, um diesen in der Politik Gehör zu verschaffen. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Verband in Köln neugegründet, und vertrat die Interessen des Einzelhandels über vier Jahrzehnte in der Bonner Republik. Nach der Wiedervereinigung kehrte er im Jahr 2000 nach Berlin zurück. [\[22\]](#)

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Präsidium einzelhandel.de](#), abgerufen am 07.11.2022
2. ↑ [Lobbyplanet \(2015\) S. 110](#)
3. ↑ [Lobbyregister beim Deutschen Bundestag](#) .bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
4. ↑ [Handelsverband Deutschland](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 07.11.2022
5. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.09.20.22
6. ↑ [Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ausgestalten](#) ehdv.de vom 17.02.2021, abgerufen am 10.11.2022
7. ↑ [7.07.1 Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
8. ↑ [Streit um Lieferkettengesetz eskaliert: Verbände und Unionspolitiker proben den Aufstand](#) vom 25.03.2021, abgerufen am 07.11.2022
9. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S. 6, misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
10. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S.3, misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
11. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022.](#) globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
12. ↑ [Merkel und Altmaier stoppen Vorstoß für Lieferkettengesetz – Menschenrechte und Umweltschutz können nicht länger warten](#) <https://lieferkettengesetz.de/vom> 10.03.2022, abgerufen am 07.11.2022
13. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tagesschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 07.11.2022
14. ↑ [Vieles nicht "berücksichtigt" Scharfe Kritik an Lieferkettengesetz](#) n-tv.de vom 03.03.2021, abgerufen am 07.11.2022
15. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) S. 6, misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ [Lieferkettengesetz: HDE fordert umfassende Korrekturen am Gesetzesentwurf](#) einzelhandel.de vom 03.03.2021, abgerufen am 07.11.2022

17. ↑ [HDE meckert übers Lieferkettengesetz](#)boersenblatt.de vom 24.02.2022, abgerufen am 07.11.2022
18. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
19. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wdr.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
20. ↑ [Kunden sollten für Plastiktüten bezahlen](#) rp-online.de vom 24.02.2014, abgerufen am 07.11.2022
21. ↑ [HDE kritisiert Verbot von Plastiktüten](#)handelsjournal.de, abgerufen am 07.11.2022
22. ↑ [Historieeinzelhandel.de](#), abgerufen am 07.11.2022

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht eingetragener Verein
sform

Tätigk Interessenvertretung der
eitsbe unternehmerischen Wirtschaft
reich gegenüber Politik, Verwaltung und
Öffentlichkeit

Gründ 1963
ungsd
atum

Haupt Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44,
sitz 10117 Berlin

Lobby

büro

Lobby

büro

EU

Weba www.wirtschaftsrat.de
dresse

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	11
2 Aktivitäten	11
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	12
4 Geschichte	13

5 Fallstudien und Kritik	13
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	13
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	14
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	15
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	16
6 Finanzen	16
7 Zitate	16
8 Organisationsstruktur und Personal	17
9 Mitglieder	23
10 Die Landesverbände	24
11 Netzwerke	25
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	25
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	25
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
13 Einelnachweise	25

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt. ^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder. ^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft

- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen. [\[15\]](#) Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns [\[16\]](#)[\[17\]](#)). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet. [\[18\]](#) Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen [\[19\]](#)

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro. [\[20\]](#)

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte [LobbyControl](#) ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. [\[21\]](#) Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrechts der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht. [\[22\]](#) Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. [LobbyControl](#) wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte. [\[23\]](#) In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht. [\[24\]](#)

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: [\[26\]](#)[\[27\]](#)

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch,

mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO2-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner **Fritz Vahrenholt**^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative **Rettet unsere Industrie** gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO2 in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler **Stefan Homburg** (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann. [40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen. [41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats. [40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist. [42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit." [43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden." [44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]." [45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren. [45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftliches Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen. " [\[30\]](#)

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." [\[53\]](#) (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none">• Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirats• beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none">• CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none">• Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats• Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none">• Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none">• ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none">• Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none">• Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none">• Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender• Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ehem. Mitglied (in beratender Funktion) [Günther Oettinger](#) [54] • ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Weitere Mitglieder Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl

(Stand: November 2023) [55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE, Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG, Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) [56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Reinke	Joachim Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender
Beirat	Bettina	

Bundesfachkommission **Vorsitz Unternehmen**

Familienunternehmen	Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
	Frank	
Digital Health	Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
	Marc	
Energieeffizienz	Andree Groos	Vaillant GmbH, Geschäftsführer
	Nikolau	
Energiepolitik	s Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
	z	
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick	Mahle GmbH, Geschäftsführer
	Petra	
Innovationsforum	Justen Hoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrates
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christina Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Matthias	
	s	
	Obernd	

**Bundesfachkom
mission** **Vorsitz Unternehmen**

Steuern	örfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer n
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftliche r Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) [\[57\]](#)[\[58\]](#)

Die Bundesarbeitsgruppen

**Bundesarbeitsgrupp
e** **Vorsitz** **Unternehmen**

Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Michael Dieckman	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes n
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
		Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für

Bundesarbeitsgrupp e Vorsitz Unternehmen

(Stand: November 2023) [59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsrats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch- Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> • Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre

Mitglieder	Akademische Position
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Prometheus, Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht • Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
	<ul style="list-style-type: none"> • Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident

Mitglieder	Akademische Position
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> • European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied • Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums • BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> • Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter • Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft • Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter • Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) [\[60\]](#)

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates. [\[61\]](#) Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach. [\[62\]](#) In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten [\[63\]](#) und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG). [\[64\]](#) Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 [\[65\]](#) veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". [\[66\]](#)

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
- Verband der Automobilindustrie
- BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
- Verband der Chemischen Industrie
- VKU - Verband kommunaler Unternehmen
- Bundesverband deutscher Banken
- Verband Forschender Arzneimittelhersteller
- Deutscher Bauernverband
- BASF SE
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
- Huawei
- Rud Pedersen Public Affairs Germany
- Bayer AG
- Microsoft Deutschland
- BMW
- Rheinmetall AG

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat Sektion New York, in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. [\[54\]](#)

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde [\[67\]](#):

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter

oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU, Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- [Christoph Werner](#) (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.

5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ [6,06,1 Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter.com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ [30,030,1 Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023

36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikante Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ [40,040,1 Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an, windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ [45,045,1 "Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ [46,046,146,2 Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz - Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ [54,054,1 Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), wirtschaftsrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023

65. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

E.ON

E.ON ist Deutschlands größter Energiekonzern. Er ist im Jahr 2000 aus einer Fusion der Mischkonzerne Viag und VEBA entstanden. Der Unternehmenssitz ist Essen. Von allen deutschen Energiekonzernen betrieb E.ON die meisten Atomkraftwerke.^[1] 2014 gab der Konzern bekannt, sein Geschäft mit konventioneller Energieerzeugung abzugeben und sich stattdessen auf erneuerbare Energien zu konzentrieren.^[2] 2022 sind noch drei Atomkraftwerke am deutschen Netz, eines davon gehört E.ON.^[3]

2019/2020 fand ein Konzernumbau statt. E.ON und RWE vereinbarten, die frühere RWE-Tochter Innogy untereinander aufzuteilen. RWE erhält die erneuerbaren Energien sowohl von Innogy als auch von E.ON. E.ON behält die Sparten Netze und Vertrieb.^{[4][5]}

E.ON	
Rechtsform	Aktiengesellschaft (AG)
Tätigkeitsbereich	Energiebranche
Gründungsdatum	16. Juni 2000
Hauptsitz	Brüsseler Platz 1 45131 Essen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60 1000 Brüssel
Webadresse	eon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsbereiche	29
2 Lobbystrategien und Einfluss	29
3 Kontakte zu Instituten	29
3.1 Forschungsinstitut für Energie	29
3.2 Energiewirtschaftliches Institut (EWI)	29
4 Fallbeispiele und Kritik	30
4.1 Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise	30
4.2 Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen	30
4.3 Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen	31
4.4 Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht	32
4.5 Bildungsinitiative 3malE	32
4.6 Lobbyisten in Ministerien	33
5 Organisationsstruktur und Personal	33
5.1 Der Vorstand	33
5.2 Lobbyisten	33
6 Weiterführende Informationen	33
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
8 Einelnachweise	33

Geschäftsbereiche

Das Kerngeschäft besteht aus den Geschäftsbereichen Energienetze und Kundenlösungen.

E.ON ist einer der größten europäischen Betreiber von Energienetzen und der größte Verteilnetzbetreiber in Deutschland.^[6] Welche Vorgaben bei Konzessionsverträgen für Strom und Gas in Deutschland zu beachten sind, ist dem [Gemeinsamen Leitfaden von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen und zum Wechsel des Konzessionsnehmers](#) zu entnehmen.

Der Geschäftsbereich Kundenlösungen umfasst die Versorgung der Kunden in Europa (ohne die Türkei) mit Strom, Gas und Wärme und bietet Produkte und Dienstleistungen, u.a. zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieautarkie an.^[7] Das „Energy Infrastructure Solutions“- Geschäft umfasst die Aktivitäten zur Dekarbonisierung von E.ONs Geschäfts- und Industrikunden, wie z.B. Projekte für Quartierslösungen und Fernwärme.

Lobbystrategien und Einfluss

Der Konzern kann auf gute Kontakte zur Politik bauen. Sowohl während der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009-2013 als auch während der großen Koalition von 2013-2021 gehörte E.ON-Chef Johannes Teyssen zu den Personen, die sich am häufigsten mit Deutschen Spitzenpolitikern trafen.^{[8][9]}

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister der EU](#) hat E.ON im Geschäftsjahr 2021 zwischen 1.250.000 - bis 1.499.999 Euro für die Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben und hält 2022 fünf Pässe zum EU-Parlament.^[10] Im deutschen Lobbyregister gibt E.ON an (Stand: 28.02.2022), im Jahr 2021 3.040.001 bis 3.050.000 Euro auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[11]

Kontakte zu Instituten

Forschungsinstitut für Energie

E.ON stiftete für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist [Bruno Thomauske](#), Professor für das Fach "Nuklearer Brennstoffkreislauf". Früher war er bei [Vattenfall](#) – später liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.^[12]

Energiewirtschaftliches Institut (EWI)

E.ON ist Mitglied des Fördervereins des [EWI](#), der einen einen wesentlichen Einfluss auf die Struktur und Ausrichtung des EWI hat.^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise

2023 hat das Bundeskartellamt Verfahren wegen des Verdachts überhöhter Fernwärmepreise gegen die sieben folgenden Versorgungsunternehmen eingeleitet: Dalkia GmbH, Hamburg; Danpower Energie Service GmbH, Potsdam; Energie SaarLor Lux AG, Saarbrücken; E.ON Hanse Wärme GmbH, Hamburg; RWE Energiedienstleistungen GmbH, Dortmund (früher: ExxonMobil/Favorit Fernwärme GmbH); Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig; Stadtwerke Rostock AG, Rostock. [\[14\]](#)

Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen

Walter Hohlefelder und Gerald Hennenhöfer

In den verschiedenen Debatten um die Zukunft der deutschen Atomkraft war E.ON stets an höchster Stelle beteiligt. Den rot-grünen „Atomausstieg“ verhandelten im Jahr 2000 für E.ON u.a. Walter Hohlefelder und **Gerald Hennenhöfer** - zwei Personen, die zuvor hintereinander die Abteilung „Reaktorsicherheit“ im Bundesumweltministerium geleitet hatten. Beide wechselten von der Position als "Deutschlands oberster Atomaufseher"[\[15\]](#) in führende Posten der Vorgängerkonzerne von E.ON. Auf staatlicher Seite verhandelte Alfred Tacke, der wiederum später in die Energiewirtschaft wechselte (siehe unten). Das Ergebnis war ein Vertrag, der von Hohlefelder und Hennenhöfer federführend mitgeschrieben und von den Bundestagsabgeordneten nur noch abgenickt wurde. [\[16\]](#)

Hennenhöfer wechselte 2009 unter viel Kritik abermals die Seiten und kehrte in das Umweltministerium unter Norbert Röttgen zurück. Die Deutsche Umwelthilfe sah darin einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Vorschriften, [\[17\]](#) da die Atomaufsicht nun von einem Atomlobbyisten geleitet wurde. Ein SPD-Politiker äußerte Befürchtungen, dass die Personalie eine "Entscheidung zur ungebremsten Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke" darstelle und die Stromkonzerne nun keine staatlichen Sicherheitsbedenken mehr zu fürchten hätten. [\[18\]](#) Tatsächlich setzte der ehemalige E.ON-Manager den Weiterbetrieb des Kraftwerks in Grafenrheinfeld durch, obwohl dort Gefahr durch einen Riss an einem Druckbehälter drohte. [\[19\]](#) Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen aushandelte, war Hennenhöfer ohne das Wissen seines Ministers maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt. Im Ausschuss, der sich mit den Schadensersatzklagen im Zuge des Atomausstiegs beschäftigte, wurde Hennenhöfer vorgeworfen, absichtlich rechtsfehlerhafte Begründungen für die Abschaltung von Atomkraftwerken durchgesetzt zu haben. So ignorierte er einen detaillierten Entwurf und leitete nur eine kurze Begründung an die Bundesländer weiter, auf deren Grundlage die Konzerne später Klagen einreichten. [\[20\]](#)

Werner Müller und Alfred Tacke

2002 strebte E.ON die Übernahme des größten deutschen Gaskonzerns Ruhrgas AG an. Zunächst hatten Bundeskartellamt und Monopolkommission die Übernahme untersagt – es wurde ein Monopol im Gasgeschäft befürchtet. Doch das Wirtschaftsministerium setzte sich per Ministererlaubnis darüber hinweg.

Da Wirtschaftsminister Werner Müller sich für befangen erklärte – er hatte zuvor für die E.ON-Vorgängerin Veba gearbeitet – überließ er seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Entscheidung.^[21] Trotz heftiger Kritik wurde die "Ministererlaubnis" daraufhin erteilt. Tacke wechselte kurz nach dem Vorfall zu Gunsten von E.ON in den Vorstand der STEAG, einer Tochter der RAG AG, deren größter Aktionär zum damaligen Zeitpunkt E.ON war. Müller erhielt Mitte 2003 den Vorstandsvorsitz der RAG. Außerdem wurde später bekannt, dass er schon während seiner Amtszeit Rentenbezüge von E.ON erhielt.^[22]

Manfred Overhaus

2004 holte Werner Müller den ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater für Subventionsfragen zur RAG AG. Über eine Tochtergesellschaft erhält das Unternehmen Milliarden an öffentlichen Hilfen vom Staat. Als Regierungsbeamter hatte sich Overhaus zuvor vehement gegen staatliche Subventionen eingesetzt.^[23]

Joachim Lang

Auch der Cheflobbyist der Berliner E.ON-Präsidenten, Joachim Lang, kam aus der Politik, als er 2007 zu E.ON wechselte: Er arbeitete 2006/2007 als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter von Norbert Röttgen, dem damaligen Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag und späteren Umweltminister.^[24]

Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen

Wie die *Tageszeitung* aufdeckte, versuchte E.ON gemeinsam mit anderen Energiekonzernen ab 2008 mit einer massiven Lobbykampagne Stimmung gegen den rot-grünen Atomkonsens zu erzeugen. Das Deutsche Atomforum, ein Zusammenschluss der Betreiber der deutschen Atomkraftwerke RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON, hatte die Lobbyagentur *Deekeling Arndt Advisors* beauftragt, bis zur Bundestagswahl 2009 einen Meinungsumschwung für die Atomkraft in Deutschland zu erreichen. Unter dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland" sollte eine Grundstimmung gegen die Begrenzung von Laufzeiten für Atomkraftwerke aufgebaut werden.^{[25][26]}

Die gewählten Strategien beinhalteten unter anderem:

- *Medienoffensive*: Platzierung der Botschaften in den wichtigsten Tageszeitungen; Verhinderung atomkritischer Berichterstattung; Zielgruppengespräche mit und Pressereisen für Journalisten
- *Expertenmeinungen*: Pro-Kernkraft-Thesen sollten in Interviews von meinungsstarken Dritt-Akteuren vertreten werden. Der Historiker Arnulf Baring dozierte bei einer Atomveranstaltung als scheinbar unparteiischer Gastredner - obwohl er von DAD beauftragt und die Rede inhaltlich von der Agentur vorbereitet wurde. Sein Vortrag wurde anschließend in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* platziert. Weiterhin wurde versucht, auf Informationsveranstaltungen Einfluss auf Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften zu nehmen.
- *Studien*: Joachim Schwalbach, Ökonomie-Professor der Berliner Humboldt-Universität, wurde mit der Studie "Gesellschaftsrendite der Kernenergie" im Umfang von 135.000 € beauftragt. Diese sollte vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam in den Medien platziert werden. Laut Aussage Schwalbachs wurde diese jedoch nie veröffentlicht, da er "nicht bereit war, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben."^[27]
- *Erschließung neuer Zielgruppen*: Besonders Frauen und die "Junge Avantgarde" sollten durch die Kampagne angesprochen werden. So wurde die Organisation *Women in Nuclear* unterstützt, vergeblich versucht, Anzeigen in Frauenzeitschriften zu platzieren und eine "Verjüngung" und "Modernisierung" der Debatte um Atomkraft angestrebt.

Im Sommer 2010 erhöhte die Lobby den Druck auf die Bundesregierung mit der Anzeigenkampagne "Energiepolitischer Appell".^[28] Unter Leitung des BDI unterschrieben zahlreiche Wirtschaftsführer, wie etwa E.ON-Chef Johannes Teyssen, einen Appell, der die Koalition aus Union und FDP von der Notwendigkeit der Atomenergie überzeugen sollte. Wegen der geplanten Einführung einer Brennelementesteuern drohten die Energiekonzerne sogar mit einer sofortigen Abschaltung der Kernreaktoren.^[29]

Ende 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung schließlich die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Verhandlungen wurden als undemokratisch kritisiert, da sie im Geheimen und nur mit den Vertretern der vier großen Energiekonzerne stattfanden.^[30] Erst nach massivem Druck bekam die Öffentlichkeit das Ergebnis der Absprachen zu sehen. Erst dann wurde sichtbar, dass der Vertrag die Interessen der Atomkonzerne weitreichend schützte.^[31] Die Bewertung der Vor- und Nachteile längerer Atomlaufzeiten stützte sich auf eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie. Diese wurde von Marc Oliver Bettzüge durchgeführt, Inhaber einer Stiftungsprofessur an der Universität Köln. Finanziert wird seine Professur durch einen Verband der deutschen Energiekonzerne, dessen Vizepräsident, E.ON-Chef Johannes Teyssen, sich für längere Kernkraftlaufzeiten eingesetzt hatte.^[32]

Der massive Lobbyeinsatz zahlte sich am Ende für E.ON nicht aus. Die Atomkatastrophe von Fukushima und der nachfolgende öffentliche Druck führten im Sommer 2011 zum Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung. Mehrere Klagen der Atomkonzerne waren die Folge. E.ON-Chef Johannes Teyssen und RWE-Chef Peter Terium schlugen im Februar 2014 vor, die Atomkraftwerke gleich einer "Bad Bank" in eine öffentliche Stiftung zu überführen.^[33] Kritiker befürchteten, dass nach diesem Modell, das Werner Müller im Mai 2015 noch einmal zur Diskussion brachte,^[34] am Ende die Steuerzahler für die "Ewigkeitskosten" haften.

Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht

Im August 2015 verklagte E.ON das Königreich Spanien vor einem privaten Schiedsgericht.^[35] Die Eurokrise hatte Spanien zu massiven Haushaltseinsparungen gezwungen, infolge derer 2011 die Subventionen für Ökostrom gesenkt werden mussten. Obwohl sich E.ON bereits zuvor aus Spanien zurückgezogen hatte,^[36] sah sich der Konzern im Recht, Schadensersatz für die veränderten Investitionsrahmenbedingungen zu verlangen. **LobbyControl kritisiert** dieses Vorgehen, besonders vor dem Hintergrund einer möglichen Implementierung privater Schiedsgerichtsverfahren im geplanten **TTIP-Abkommen**.

Bildungsinitiative 3malE

Lobbyismus an Schulen zählt zu den Lobbystrategien zahlreicher Unternehmen und Verbände. Die **Westenergie AG**, ein vollständiges Tochterunternehmen von E.ON, betreibt daher die Bildungsinitiative 3malE („entdecken, erforschen und erleben“), welche unter dem Motto "Bildung mit Energie" allgemeine Informationen zum Thema Energie sowie Karriereoptionen im Energiebereich präsentiert.^[37] Dabei richtet sich die Bildungsinitiative an verschiedene Altersgruppen: Mit Spielen, Experimenten, Videos, Exkursionen und Lernmaterial adressiert 3malE explizit Kinder; die Initiative gibt an, Kindergärten, Kitas und Schulen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.^[38] Zugleich werden mit Informationen zu Berufseinstieg, dualem Studium und Ausbildung bei der Tochterfirma **Westnetz** auch Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick genommen.^[39]

Lobbyisten in Ministerien

- [Lobbyist im Auswärtigen Amt](#)

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die Holding des Konzerns ist die E.ON SE (die E.ON AG ist am 15. November 2012 in die E.ON SE umgewandelt worden)

Der Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Leonhard Birnbaum (CEO), Vizepräsident im Präsidium des [Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#) und Vizepräsident der Vereinigung der europäischen Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric) sowie stellvertretender Vorsitzender des World Energy Council, Mitglied des Aufsichtsrats der Nord Stream AG
- Thomas König (Chief Operating Officer - Networks), verantwortet den Geschäftsbereich Energienetze

Lobbyisten

- Cheflobbyist ist Alexander Stechert-Mayerhöfer, Senior Vice President Public Affairs & Communications bei der innogy se (E.ON Group)
- Leiterin des Brüsseler Büros (Head of EU Representative Office) ist Susanne Rompel

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Hintergrund: Die vier AKW-Betreiber in Deutschland](#) diepresse vom 30.05.2011, abgerufen am 13.10.2022
2. ↑ [Eon gibt Atomenergie, Kohle und Gas auf](#) Süddeutsche Zeitung vom 01.12.2014, abgerufen am 13.10.2022
3. ↑ [Atomkraftwerke in Deutschland](#) bmuv.de, vom 03.01.2022, abgerufen am 13.10.2022.
4. ↑ [EON im Fokus: Ein Übergangsjahr für Deutschlands größten Stromversorger](#), finanznachrichten.de vom 27.11.2019, abgerufen am 13.10.2022
5. ↑ [Geplante Übernahme von Innogy](#), Pressemitteilung vom 16.01.2020, abgerufen am 13.10.2022
6. ↑ [Unsere Verteilnetze](#), eon.com, abgerufen am 05.03.2023
7. ↑ [Geschäftsbericht 2021](#), archiv.geschaeftsberichte-downlaod.de, abgerufen am 05.03.2023

8. ↑ Offene Türen für Kohlelobbyisten Kontext vom 04.12.2013, abgerufen am 13.10.2022
9. ↑ Offene Türen für Kohle-Fans Die Tageszeitung vom 10.09.2014, abgerufen am 13.10.2022
10. ↑ EU-Lobbyregister, E.ON SE, abgerufen am 13.10.2022
11. ↑ E.ON SE, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.07.2022
12. ↑ Die Atomlobby unterwandert Universitäten Frankfurter Rundschau vom 02.11.2011, archiviert bei archive.org, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ <https://www.ewi-future-energy.de> future energy business - researched by EW, ewi-future-energy.de, abgerufen am 04.03.2023
14. ↑ Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise, bundeskartellamt.de vom 07.03.20023, abgerufen am 24.03.2023
15. ↑ Energie und Macht, Berliner Zeitung vom 03.07.2007, abgerufen am 13.10.2022
16. ↑ "Die Frage war: ich oder sie?", Deutschlandradio Kultur vom 10.06.2011, abgerufen am 13.10.2022
17. ↑ Früherer E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten, Deutsche Umwelthilfe Dezember 2009, abgerufen am 13.10.2022
18. ↑ "Den Bock zum Gärtner gemacht", Frankfurter Rundschau vom 01.12.2009, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
19. ↑ Merkels Altlast, Frankfurter Rundschau vom 12.09.2012, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
20. ↑ Kritische Beamte stillgelegt, Tageszeitung vom 08.03.2015, abgerufen am 14.10.2022
21. ↑ „Ich bin nicht befangen, aber...“, Focus Magazin vom 25.02.2002, abgerufen am 14.10.2022
22. ↑ Werner Müller bezog als Minister Eon-Rente, Berliner Zeitung vom 18.01.2005, abgerufen am 14.10.2022
23. ↑ Overhaus berät die RAG, Handelsblatt vom 25.10.2004, abgerufen am 14.08.2015
24. ↑ Wer lenkt die Lobbyisten?, PR Magazin 07/2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
25. ↑ Die Geheimpapiere der Atomlobby Die Tageszeitung vom 28.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
26. ↑ Kernenergie: Wie die Atomlobby den Ausstieg vom Ausstieg vorbereiten ließ Spiegel Online vom 29.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
27. ↑ Der ehrbare Professor, Die Tageszeitung vom 28.10.2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
28. ↑ "Energiepolitischer Appell": BDI verpasst Merkel den Denkzettel, Spiegel Online vom 20.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
29. ↑ Die Energieriesen wollen die Regierung erpressen, Die Welt vom 15.08.10, abgerufen am 14.10.2022
30. ↑ Atomabkommen verärgert Korruptionswächter, Zeit Online vom 10.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
31. ↑ Revolution mit geheimen Absprachen, Zeit Online vom 09.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
32. ↑ Wichtige Energiestudie: Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe Spiegel Online vom 27.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
33. ↑ Kanzleramt weiß seit Februar vom Thema Atom-«Bad Bank» , Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2014, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
34. ↑ Müller schlägt AKW-Stiftung für Entsorgung vor, WirtschaftsWoche vom 30.05.2015, abgerufen am 14.10.2022
35. ↑ ICSID Case Details, zuletzt abgerufen am 14.10.2022
36. ↑ Warum Eon nun seine Töchter verkauft Handelsblatt vom 28.11.2014, abgerufen am 14.10.2022
37. ↑ Was ist 3malE?, zuletzt abgerufen am 29.07.2022
38. ↑ Ebd.

39. ↑ Berufseinstieg, zuletzt abgerufen am 29.07.2022

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), seit dem 6. Mai 2025 der zehnte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, seit 2022 ist er Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Wirtschaftsanwalt und langjähriger Top-Lobbyist, war in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. ^[1]

So war Merz bis Ende 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT). ^[3] Die MIT begrüßte 2022 die Wahl von Merz zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei. ^[4] Armin Peter, zuletzt Stellv. Pressesprecher des Wirtschaftsrats und Pressesprecher des damaligen Wirtschaftsrats-Vizepräsidenten Merz, ist seit Februar 2022 Stellv. Sprecher der CDU und pers. Pressesprecher von Merz. ^{[5][6]}

Merz ist weiterhin Mitglied der folgenden Organisationen: Gründerkreis der Sektion New York des Wirtschaftsrats der CDU^[7], Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)^[8], Netzwerk [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), das Lobbyisten und Spitzenpolitiker zusammenbringt.

Merz war bis Ende 2021 als Senior Counsel für die Kanzlei [Mayer Brown LLP](#) tätig; zuvor war er neun Jahre Partner. ^[9] Während seiner Tätigkeit bei MayerBrown hat er Mandanten im Gesellschaftsrecht, bei M&A-Transaktionen, im Bereich Compliance und im Bank- und Finanzrecht beraten. 2010 und 2011 hat er nach Recherchen von CORRECTIV die BASF mehrfach als Anwalt vertreten. ^[10] Bei BASF Antwerpen sei er fast ein Jahrzehnt Verwaltungsrat gewesen und habe dort den Unternehmensbereich „Farben & Pigmente der BASF-Gruppe“ geleitet.

Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ^[11] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte. ^[12] Für die [Stiftung Marktwirtschaft](#) war er als Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" aktiv. ^[13]

Im Zusammenhang mit seiner Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU beendete Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020. ^{[14][15]} Auf dem CDU-Parteitag 2021 unterlag er in einer digital durchgeführten Stichwahl gegen seinen Konkurrenten Armin Laschet. Auf dem Parteitag am 22. Januar 2022 wurde er mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten zum Vorsitzenden der CDU gewählt. ^[16] Am 23. September 2024 wurde Merz offiziell Kanzlerkandidat zur nächsten Bundestagswahl von CDU und CSU. ^[17]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	36
2 Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	38
2.1 2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic	38
2.2 2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten	38
2.3 2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU	38
2.4 2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz	39

2.5 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	39
2.6 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	39
2.7 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	39
2.8 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	39
2.9 2010: Position zum Atomausstieg	40
2.10 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	40
2.11 2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG	40
3 Berater:innen von Merz	41
3.1 Michael Eilfort	41
4 Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt	41
5 Weiterführende Informationen	41
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
7 Einelnachweise	42

Karriere

Partei

- 23.09.2024 Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Union
- 22.1.2022 Wahl zum Parteivorsitzenden mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten;
- 17.12.2021 Friedrich Merz wird mit 62,2% im ersten Mitgliederentscheid der Partei zum CDU-Vorsitzenden gewählt.
- 2021 Dritte Kandidatur zum Parteivorsitzenden: Merz tritt gegen Norbert Röttgen und Helge Braun an^[18]
- 2021 Armin Laschet holt Friedrich Merz in das Wahlkampfteam der CDU für die Bundestagswahl.^[19]
- 2021 erneute erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Armin Laschet)
- 2018 erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Annegret Kramp-Karrenbauer)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommission "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002-2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (trat 12/2004 von diesem Amt zurück)
- 2000-2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998-2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1996-1998 CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss

Staatliche Mandate und Ämter

- Seit 9/2021 erneut Mitglied des Deutschen Bundestages
- 11/2017-1/2020 Brexit-Beauftragter des Landes NRW^{[20][21]}
- 1994-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989-1994 Mitglied des EU-Parlaments

Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. z.B. für: KPMG, Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeiderer AG, Piper Verlag GmbH

Beruf

- 2014-Ende 2021 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP

- 2005-2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002-2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner
- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986-1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt
- 1985-1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (aktuell)

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied^[22]

(Stand: 01/2025)

(Neben-)Beruflich (aufgegeben)

- 2016-03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock](#) Deutschland
- 2013-2020 Mitglied des Vorstands von [United Europe](#)^[23] (beim Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg ist Merz immer noch als Vorstandsmitglied eingetragen - Stand: 28.01.2025)
- 2009-2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" (tätig von 2004-2013) der [Stiftung Marktwirtschaft](#)^[24]

(Neben-)Beruflich (Stand: 2009))

Laut veröffentlichtungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz 2009 die folgenden weiteren Funktionen:

- AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats)
- [BASF](#) Antwerpen N.V. (Mitglied des Verwaltungsrats)
- [Commerzbank](#) (Mitglied des zentralen Beirats)
- DBV-Winterthur Holding (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Interserhoh AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- IVG Immobilien AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats)
- WEPA Industrieholding SE (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Council on Public Policy (Mitglied des Kuratoriums)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (Stellv. Vorsitzender)
- Industrie-Pensionsverein IVP (Mitglied des Verwaltungsrats).^[25]

Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Mit seiner Rückkehr in die Politik gab Merz die folgenden Positionen in der Wirtschaft auf: Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (2022), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (2021), Vorstand des Aufsichtsrats der WEPA Industrieholding SE (2021), Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Köln/Bonn GmbH (2020), Mitglied des Verwaltungsrats der Stadler Rail AG (2020), Mitglied des Aufsichtsrats von HSCB Trinkhaus & Burkhardt (2019).

Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic

2024 nahm Merz' Kampagnenchefin Christine Carboni als Rednerin an der "Berlin Campaign Conference" der rechtskonservativen Kampagnenagentur "The Republic" teil. Diese Agentur stellt sich nach eigenen Angaben "dem politischen Linksdrift in Deutschland" entgegen und bietet "dem bürgerfeindlichen Klima die Stirn".^[26] Die US-amerikanische [Heritage Foundation](#) war ebenfalls zu der Konferenz eingeladen und stand auf der Liste der Speaker. Zuvor hatte die Heritage Foundation in den USA und weltweit Schlagzeilen gemacht mit dem antidemokratischen "Project 2025".^[27]

Nach der Gründung von "The Republic" hatten sich Unionspolitiker distanziert und Kritik geübt, während Friedrich Merz ein Unterstützer war.^[28]

Im Jahr 2022 hatte Merz nach lautstarker Kritik seine Teilnahme an einer ähnlichen Konferenz abgesagt.^[29]

2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten

Im März 2021 kündigt Merz an, keinen "beruflichen Tätigkeiten außerhalb der Politik" nachgehen zu wollen, sollte er erneut in den Bundestag einziehen.^[30] Das bezog er sich aber ausdrücklich nur auf bezahlte Nebentätigkeiten, seine ehrenamtliche Funktion als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats würde er beibehalten.^[31] Ende des Jahres 2021 beendete Merz dennoch seine Tätigkeit als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats.

2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU

Im März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine Studie zum [Wirtschaftsrat der CDU](#), in der auch Friedrich Merz kritisiert wird^[32].

Friedrich Merz war nach der Studie einer der prominentesten und zugleich einflussreichsten Personen im [Wirtschaftsrat der CDU](#) – ein unternehmerischer Lobbyverband, der als besonders starker und einflussreicher Klimaschutzbremser auffällt. Im Wirtschaftsrat war Merz schon seit den 1990er-Jahren Mitglied, 1999 wurde er ins Präsidium gewählt. 2006 war er an der Gründung der New Yorker Sektion des Wirtschaftsrats beteiligt. Im Januar 2019, kurz nachdem er das erste Rennen um den CDU-Parteivorsitz verloren hatte, wurde Merz schließlich Vizepräsident des Wirtschaftsrats.

Mit Merz' kandidierte erstmals ein Spitzenfunktionär des Verbandes für den CDU-Parteivorsitz. Merz nutzte seine Auftritte bei Veranstaltungen des Wirtschaftsrates für den parteiinternen Wahlkampf zum CDU-Parteivorsitz.

Positionen zur Klimapolitik: Im Zuge seiner Kandidaturen für den Parteivorsitz 2018 und 2020/21 äußerte sich Merz auch zum Thema Umwelt und Klima. Er kritisiert die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen^[33], bezeichnet Greta Thunberg als „krank“^[34] und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegalen Besetzerzene“^[35].

2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz

Merz war seit 2016 Aufsichtsratschef bei Blackrock, dem größten Vermögensverwalter der Welt, der an allen Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX erhebliche Anteile hat. Das Unternehmen teilte mit, Merz solle nicht nur Aufsichtsrat sein, sondern eine "weiter gefasste Beraterrolle einnehmen, in der er die Beziehungen mit wesentlichen Kunden, Regulierern und Regulierungsbehörden in Deutschland für Blackrock fördern wird". Das impliziert einen klaren Lobbyauftrag. Wenige Wochen nachdem Annegret Kamp-Karrenbauer im Frühjahr 2020 auf die Kanzlerkandidatur verzichtete und ihren Rücktritt als Parteivorsitzende bekannt gab, kündigte Merz seine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz an. Im März 2020 legte er seinen Posten im Aufsichtsrat von Blackrock nieder, um sich weiter politisch einzubringen.

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Seit 2006 sitzt Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugherstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging.^[36] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag.^[37]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz war seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei **HSCB Trinkaus & Burkhardt**.^[38] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses **HSCB Trinkaus & Burkhardt**, gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[39] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[40] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[41] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[42] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[43][44]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den **EADS**-Manager Thomas Enders als Vorsitzender der **Atlantik-Brücke** ab.^[45] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[46]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[47] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Finanzen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[48] 2019 gab Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[49]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[50]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Merz, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[51], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[52]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[53]

2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG

Im Frühjahr 2006 trat Merz auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auf. Gleichzeitig war er Mitglied des Bundestages und der CDU-Landesgruppe NRW. (LobbyControl berichtete).^[54]

Merz selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß Merz in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro. ^[55]

Berater:innen von Merz

Michael Eilfort

Eilfort ist seit 2004 Co-Vorstand der [Stiftung Marktwirtschaft](#), dessen „Politischem Beirat“ der Kommission „Steuergesetzbuch“ Merz angehörte. Als Merz im Jahr 2000 den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag übernahm, wurde Eilfort sein Büroleiter, erst in dessen Funktion als Vorsitzender der Fraktion bis 2002, danach bis 2004 für den Stellvertretenden Unionsfraktionsvorsitzenden mit dem Arbeitsbereich "Wirtschaft, Arbeit, Mittelstand, Finanzen und Haushalt". ^[56] Merz war Gründungsmitglied des inzwischen aufgelösten Fördervereins der Lobbyorganisation [INSM](#)^[57]; Eilfort betätigte sich bis 2006 als Botschafter der [INSM](#).^[58] Die INSM wird als v.i.S.d.P. des Aktionsbündnisses [Wirtschaftswarntag](#) genannt, an dem am 29.01.2025 deutschlandweit mehr als 140 Verbände und über 200 Unternehmen ihre Forderungen präsentierten. CDU-Parteichef Friedrich Merz hatte sich angekündigt, sagte aber kurzfristig ab, um sich auf seine Rede im Bundestag vorzubereiten. ^[59]

Merz war bis mindestens 2022 in der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) aktiv (als Präsidiumsmitglied bzw. Mitglied)^{[60][61][62]} Eilfort hat als Mitglied der Grundsatzprogrammkommission des MIT-Bundesvorstands das 2017 beschlossene Grundsatzprogramm mit erarbeitet.^[63]

Die Ehefrau von Eilfort, Barbara Götze, leitet das Büro von Merz im Konrad- Adenauer-Haus.^[64]

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt sind (seit 05/2025):

- [Wolfram Weimer](#) (parteilos, CDU-nah), Staatssekretär für Kultur und Medien
- [Michael Meister](#) (CDU), Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit
- Christiane Schenderlein (MdB/CDU), Staatsministerin für Sport und Ehrenamt

Weiterführende Informationen

- [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz, CORRECTIV, 28.01.2025](#)
- [Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakte, Lobbycontrol, 22.11.2024](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakte](#) lobbycontrol.de vom 22.11.2024
2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [15. Bundesmittelstandstag](#), mit-bund.de vom 11.12.2021, abgerufen am 23.12.2021
4. ↑ [Glückwunsch!m](#) mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
5. ↑ [Armin Peter](#), linkedin.com, abgerufen am 05.04.2022
6. ↑ [Peter ist Pressesprecher des CDU-Vorsitzenden Merz](#), politik-kommunikation vom 28.02.2022, abgerufen am 05.04.2022
7. ↑ [Sektionsvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.09.2024
8. ↑ [Mitglieder](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 29.09.2024
9. ↑ [Mayer Brown gratuliert Friedrich Merz zur Wahl zum CDU-Vorsitzenden](#), mayerbrown.com vom 26.01.2022, abgerufen am 29.03.2024
10. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
11. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
12. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020
13. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
14. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
15. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
16. ↑ [Friedrich Merz: Da ist er wieder](#), zdf am 22.1.2022, abgerufen am 22.1.2022
17. ↑ [Merz als Kanzlerkandidat nominiert](#), cdu.de vom 23.09.2024, abgerufen am 28.09.2024
18. ↑ [Merz und Röttgen für CDU-Vorsitz nominiert](#), abgerufen am 16.11.2021
19. ↑ [Laschet holt Merz in sein Wahlkampfteam](#) Süddeutsche Zeitung vom 28.04.2021, abgerufen am 29.04.2021
20. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020
21. ↑ [Land hat seit fast einem Jahr keinen Brexit Beauftragten mehr](#). bild.de vom 04.12.2020, abgerufen am 28.09.2024
22. ↑ [Mitglieder Politik](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 28.09.2024
23. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
24. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
25. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags](#), werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
26. ↑ [Über uns](#) therepublic.de, abgerufen am 26.11.2024
27. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#) deutschlandfunk.de vom 17.07.2024, abgerufen am 26.11.2024
28. ↑ [Unionspolitiker gehen auf Distanz zu neuer konservativer Agentur – Merz wünscht Erfolg](#), handelsblatt.com vom 22.10.2021, abgerufen am 26.11.2024
29. ↑ [Treffen mit Waffenlobbyisten und Trump-Anhänger: Merz sagt Teilnahme an Rechtsaußen-Veranstaltung ab](#) tagesspiegel.de vom 22.08.2022, abgerufen am 26.11.2024
30. ↑ [Merz will bei Einzug in den Bundestag keine Nebentätigkeiten ausüben](#) Redaktionsnetzwerk Deutschland, abgerufen am 07.07.2021

31. ↑ Armin Peter, twitter.com
32. ↑ Der Wirtschaftsrat der CDU – Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser LobbyControl im März 2021, abgerufen am 08.04.2021
33. ↑ "Hört auch mal zu zwischendurch" Der Spiegel, 06.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
34. ↑ „Ex-Unionsfraktionschef Merz kritisiert Merkels Klimapolitik – und Greta Thunberg“ Handelsblatt, 25.09.2019, abgerufen am 08.04.2021
35. ↑ "#MerzMail 16" vom 23.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
36. ↑ Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln, merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
37. ↑ Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär, blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
38. ↑ Merz Vorsitz des Verwaltungsrats, about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
39. ↑ Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf, spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
40. ↑ Die vielen Geschäfte des Herrn Merz, handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
41. ↑ Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock, spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
42. ↑ Merz bestreitet Interessenkonflikte, sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
43. ↑ Der Gegenspieler Friedrich Merz, general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
44. ↑ Lehrmonate einer Landesregierung, rp-online.de vom 29.11.2017, abgerufen am 09.11.2018
45. ↑ Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke, Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020
46. ↑ CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht, sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
47. ↑ Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke, Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
48. ↑ CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht, sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
49. ↑ Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf, spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
50. ↑ Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
51. ↑ Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter, spiegel.de, 14. April 2020
52. ↑ Streit um Nebeneinkünfte, handelsblatt.de, 14. April 2020
53. ↑ Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007
54. ↑ Merz tritt als RAG-Anwalt auf, KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
55. ↑ Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz, manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
56. ↑ Prof. Dr. Michael Eilfort, stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.01.2025
57. ↑ INSM-Förderverein, Teil 2, lobbycontrol.de vom 02.06.2005, abgerufen am 30.01.2025
58. ↑ Aus der Lobbywelt Kleines Update zur INSM, lobbycontrol.de vom 21.12.2006, abgerufen am 30.01.2025
59. ↑ „Wirtschaftswarntag“ in Berlin: wenig Teilnehmer, laute Buhrufe, capital.de vom 30.01.2025, abgerufen am 30.01.2025
60. ↑ Glückwunsch!, mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
61. ↑ 15. Bundesmittelstandstag, mit-bund.de, abgerufen am 30.01.2025
62. ↑ Friedrich Merz im MIT-Präsidium, mit-rlp.de vom 05.02.2021, abgerufen am 29.01.2025
63. ↑ Grundatzprogramm der MIT, mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2025
64. ↑ Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz, correctiv.org vom 28.01.2025 , abgerufen am 28.01.2025